

## Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 50/014/2011

Sozialausschuss am 23.05.2011

<b>Zu Punkt 4:</b>	<b>SGB II - Neuorganisation</b> <b>- zukünftige Organisationsform</b> <b>- Kommunale Mitglieder der Trägerversammlung des Jobcenters ME-aktiv</b>
--------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Herr Pätzold spricht im Namen des gesamten Gremiums dem Kreissozialamt seinen Dank für die im Zusammenhang mit dem Optionsantrag geleistete gute Arbeit aus.

Herr Kaiser erkundigt sich danach, wie die Politik in Zukunft in der Trägerversammlung (TV) weiter vertreten sein wird. Er befürwortet die Wiederherstellung der Rechtsposition nach dem ursprünglichen Kreistagsbeschlusses (siehe Vorlage 50/031/2010). Falls dies nicht möglich sein sollte, bittet er die Verwaltung, Lösungen zur Einbindung der Politik in die Trägerversammlung zu finden.

Herr Ockel warnt davor, die Arbeit des Jobcenters durch Diskussionen um die Besetzung der kommunalen Vertreter der Trägerversammlung zu erschweren und spricht sich für die Beibehaltung des am 28.03.2011 gefassten Kreistagsbeschlusses aus. Gleichzeitig betont er die Wichtigkeit des Gremiums der Meinungsbildungskonferenz (MBK).

Herr Schnitzler rät eindringlich dazu, mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) eine konstruktive Zusammenarbeit anzustreben. In Bezug auf die Trägerversammlung weist er darauf hin, dass eine Entscheidung über eine beratende Teilnahme der Mitglieder der MBK nur zusammen mit der BA getroffen werden kann. Er formuliert den Wunsch, die Verwaltung möge Vorschläge erarbeiten, die Politik in Entscheidungen, die nicht das laufende Geschäft der Verwaltung des Jobcenters betreffen, einzubinden.

Herr Kaiser bittet um Abstimmung über folgenden Antrag:

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, den ursprüngliche Kreistagsbeschluss zur Beteiligung der Politik an den Sitzungen der Trägerversammlung umzusetzen. Sollte dies nicht möglich sein, soll die Verwaltung ein hohes Maß an Beteiligung der Kreistagspolitik in der Meinungsbildungskonferenz und Trägerversammlung einfordern.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**  
**7 Nein-Stimmen CDU**  
**4 Ja-Stimmen SPD**  
**2 Ja-Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**2 Nein-Stimmen FDP**  
**1 Ja-Stimme DIE LINKE**  
**1 Ja-Stimme UWG-ME**

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.